



Verpflichtende Energieaudits für Unternehmen

Im Zuge der Umsetzung der EU-Energieeffizienz-Richtlinie wird mit der Novelle des deutschen Energiedienstleistungsgesetzes (EDL-G) die Pflicht zur Durchführung von periodischen Energieaudits für Unternehmen eingeführt. Das EDL-G verpflichtet alle Unternehmen, die nicht unter die KMU-Definition fallen, erstmalig bis zum 5. Dezember 2015 und danach mindestens alle vier Jahre ein Energieaudit durchzuführen. Dieses Merkblatt fasst die wichtigsten Regelungen zu Pflichten, Fristen und Anforderungen zur Durchführung von Energieaudits für Unternehmen zusammen.

Gesetzlicher Rahmen

Am 5. Februar 2015 hat der Bundestag eine Änderung des Energiedienstleistungsgesetzes beschlossen, durch die große Unternehmen verpflichtet werden, so genannte Energieaudits durchzuführen. Die Gesetzesänderung dient einerseits der Umsetzung von Artikel 8 der bereits im Dezember 2012 in Kraft getretenen europäischen Energieeffizienz-Richtlinie und zum anderen dem Erreichen der deutschen Energiesparziele.

Mit der Zustimmung durch den Bundesrat wurde die Novelle des EDL-G am 6. März 2015 und damit die Verpflichtung zur Durchführung von Energieaudits endgültig beschlossen. Der genaue Zeitpunkt der Veröffentlichung im Bundesanzeiger und dem endgültigen Inkraft-treten ist aktuell noch nicht bekannt.

Wer ist betroffen?

Von der Auditpflicht sind alle Unternehmen betroffen, die nicht unter die KMU-Definition der EU fallen. Als Unternehmen gilt dabei jede Einheit, unabhängig von ihrer Rechtsform, die eine wirtschaftliche Tätigkeit ausübt. Damit gelten die Verpflichtungen nicht nur für Kapitalgesellschaften oder produzierende Betriebe, sondern – unabhängig von der Rechtsform oder Branche – für alle Unternehmen, bei denen die Mitarbeiterzahl, der Jahresumsatz oder die Jahresbilanzsumme festgelegte Schwellenwerte übersteigen: Werden mindestens 250 Mitarbeiter beschäftigt, übersteigt der Jahresumsatz 50 Mio. Euro oder die Jahresbilanzsumme 43 Mio. Euro gilt das Unternehmen als Nicht-KMU und unterliegt der Auditpflicht. Bei der Bestimmung der unternehmensindividuellen Daten müssen den eigenen Werten ggf. anteilige oder sogar alle Werte von Partnerunternehmen oder verbundenen Unternehmen hinzugerechnet werden. Über die konkrete Einordnung als eigen-ständiges Unternehmen, als Partnerunternehmen oder als verbundenes Unternehmen und die damit verbundenen Berechnungsverfahren gibt ein Benutzerhandbuch der EU zur KMU-Definition Auskunft.

Was sind die konkreten Anforderungen?

Betroffene Unternehmen müssen erstmalig bis zum 5. Dezember 2015 einen Energieaudit durchführen und danach mindestens alle vier Jahre, gerechnet vom Zeitpunkt des ersten Audits. Die erstmalige Pflicht zur Durchführung gilt als erfüllt, wenn zwischen dem 4. Dezember 2012 und dem 05. Dezember 2015 ein entsprechendes Audit durchgeführt wurde. Unternehmen sind von der Pflicht frei-



gestellt, wenn sie zum o.g. Zeitpunkt ein Energiemanagementsystem nach DIN EN ISO 50001 oder ein Umweltmanagementsystem nach EMAS eingerichtet haben.

Unternehmen, die sich für die Einführung eines solchen Energie- oder Umweltmanagementsystems entscheiden, genügt bis zum 31. Dezember 2016 der Nachweis über den Beginn der Einrichtung

des Systems. Der Nachweis erfolgt durch Abgabe einer schriftlichen oder elektronischen Verpflichtungserklärung der Geschäftsführung und die Durchführung der wesentlichen Schritte zur Einführung. Dazu zählen für ein Energiemanagementsystem nach DIN EN ISO 50001 die energetische Bewertung nach Nummer 4.4.3 a) der Norm und für ein Umweltmanagementsystem nach EMAS mindestens die Erfassung, Dokumentation und Analyse der eingesetzten Energieträger mit einer Bestandsaufnahme der Energieströme und -träger sowie die Ermittlung wichtiger Kenngrößen in Form absoluter und prozentualer Einsatzmengen in technischen und monetär bewerteten Einheiten. Weitere Konkretisierungen, insbesondere hinsichtlich des sogenannten Multi-Site-Verfahrens zur Clustierung von Standorten vergleichbarer Verbrauchsprofile, sollen in Form von Handreichungen/Merkblättern des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) veröffentlicht werden.

Anforderungen an Energieaudits und -auditoren:

Die Energieaudits müssen den Anforderungen der DIN EN 16247-1 entsprechen, die auch einen Unternehmensverantwortlichen bzw. -ansprechpartner für die Durchführung des Audits vorsehen. Energieaudits erfassen mindestens 90 % des Gesamtenergieverbrauchs und

- basieren auf aktuellen, gemessenen, belegbaren Energieverbrauchsdaten und Lastprofilen;
- schließen eine eingehende Prüfung des Energieverbrauchsprofils von Gebäuden, Anlagen, Betriebsabläufen und der Beförderung ein;
- basieren nach Möglichkeit auf einer Lebenszyklus-Kostenanalyse anstatt Amortisationszeiten;
- müssen repräsentativ sein für die Ermittlung der Gesamtenergieeffizienz und
- ermitteln detaillierte Verbesserungsmöglichkeiten mit klaren Informationen zur Einsparung.

Die verwendeten Daten müssen den Unternehmen in einer Weise zur Verfügung gestellt werden, die historische Analysen und eine Archivierung zur Rückverfolgung der Leistung ermöglicht. Das Energieaudit muss unabhängig durchgeführt werden, d.h. hersteller-, anbieter- und vertriebsneutral.

Wird das Audit von unternehmensinternen Personen durchgeführt, sind diese der Unternehmensleitung unmittelbar zu unterstellen und in dieser Funktion weisungsfrei. Sie dürfen außerdem nicht an den Tätigkeiten beteiligt sein, die einem Energieaudit unterzogen werden. Energieauditoren müssen aufgrund ihrer Ausbildung oder beruflichen Qualifikation und praktischen Erfahrung über die erforderliche Fachkunde zur Durchführung des Energieaudits nach DIN EN 16247-1 verfügen. Die Fachkunde erfordert den Abschluss eines Hochschul- oder Fachhochschulstudiums einschlägiger Fach-



richtungen, eine Qualifikation als staatlich geprüfter Techniker einschlägiger Fachrichtungen oder einen Meisterabschlusses sowie eine mindestens dreijährige hauptberufliche Tätigkeit in der betrieblichen Energieberatung.

Nachweisführung und Sanktionen

Das BAFA ist mit der Umsetzung des Gesetzes betraut und wird stichprobenartige Kontrollen bei Unternehmen vornehmen. Können Unternehmen nach expliziter Aufforderung durch das BAFA keinen Nachweis über die ordnungsgemäße und fristgerechte Durchführung des Energieaudits bzw. das Vorliegen einer Freistellung vorlegen, wird die Missachtung als Ordnungswidrigkeit eingestuft und mit einer Geldbuße bis zu 50.000 Euro sanktioniert.